
Endlich Verantwortung übernehmen und Menschen retten

Köln, Bonn, Düsseldorf und andere Kommunen haben schon vor mehr als einem Jahr ihre Bereitschaft erklärt, mehr Flüchtlinge aus den Lagern an den europäischen Grenzen aufnehmen zu wollen. Auch die nordrhein-westfälische Landesregierung unterstützt dieses Ansinnen.

Warum um alles in der Welt gelingt es dann nicht, tatsächlich Menschen aus Moria nach Deutschland zu holen?

Die Bereitschaft von Bundesminister Seehofer und der deutschen Bundesregierung, zumindest 1500 Menschen die Einreise zu bewilligen, ist irreführend, da die Zusage der Bundesregierung explizit nicht für Frauen, Kinder und Familien aus Moria gilt, sondern nur für Menschen aus anderen Lagern, deren Asylanträge bereits bewilligt wurden und die damit schon jetzt in der Verteilung sein müssten.

Seit Jahren schaut Europa dem Elend in den Lagern zu, nimmt hin, dass Menschen weiterhin im Meer ertrinken, wendet sich ab vor Übergriffen durch die örtliche Bevölkerung und die Sicherheitskräfte, die Geflüchtete ohne Versorgung und Schutz in Lagern eingepfercht halten. Vor einer Woche brannte das Lager in Moria ab und immer noch wird Hilfe verweigert mit dem Hinweis darauf, dann würden noch mehr Lager brennen - eine Argumentation, die an Zynismus kaum zu überbieten ist.

Mitten in Europa, im Herzen der Demokratie, spielt sich damit eine unmenschliche und unchristliche Tragödie ab, die wir schon seit Jahren hinnehmen und die immer schlimmer wird. Es gibt Menschen, die zur Abschreckung genau das wollen, und wir lassen es tatenlos zu. Die Unantastbarkeit der Würde jedes Menschen hat im Herzen von Europa keinen Platz, das ist beschämend!

Wir haben Platz und wir haben Erfahrung darin, Menschen in Deutschland und in Köln eine neue Heimat und eine Perspektive zu bieten. Was wir aber kaum noch haben, ist die Hoffnung auf eine europäische Zuwanderungspolitik und darauf, dass sich alle europäischen Staaten auf die Grundprinzipien eines humanitären Handelns besinnen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, endlich mehr Menschen in Not den Zugang nach Deutschland zu ermöglichen und ihnen die Chance auf ein faires Verfahren zu geben!

Wir fordern die Stadt Köln auf, sich aktiv für eine Aufnahme von Menschen in Not zu bemühen und damit die vielen freien Kapazitäten in unserer Stadt zu nutzen und die zahlreichen bereitwillig Helfenden einzusetzen! Köln muss ein „sicherer Hafen“ sein, nicht nur auf dem Papier!

Mit freundlichen Grüßen
für den Katholikenausschuss Gregor Stiels

IHR ANSPRECHPARTNER:

Gregor Stiels · Vorsitzender des Katholikenausschusses in der Stadt Köln
Domkloster 3 - 50667 Köln · Telefon 0221 925847-80 · Telefax 0221 925847-71
koeln@katholikenausschuss.de · www.katholikenausschuss.de

Der Katholikenausschuss als Vertretung der katholischen Laien in Köln nimmt Stellung zu aktuellen Themen und Ereignissen in Kirche, Stadt und Gesellschaft. Er gibt denen eine Stimme, die keine Lobby haben, und setzt sich für ein menschliches Miteinander in gegenseitiger Toleranz ein.

Eine gemeinsame Erklärung von Katholikenausschuss in der Stadt Köln und

